

Vorentwurf des Bundesgesetzes über das Entlastungspaket 2027

Stellungnahme der skuba im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens

Basel, April 2025

Sehr geehrte Mitglieder des Bundesrates

Die studentische Körperschaft der Universität Basel (skuba) unterstützt im Wesentlichen die Positionierung des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS) und stellt sich hinter diese Argumente. Wir unterstützen die Argumentation des VSS, die in enger Zusammenarbeit entwickelt wurde, und macht im Folgenden einige Ergänzungen zu den geplanten Sparmassnahmen und deren Auswirkungen aus eigener Perspektive. Die folgende Vernehmlassungsantwort wurde am 8. April 2025 vom Studierendenrat verabschiedet. Bei Rückfragen steht das Präsidium der skuba (praesidium-skuba@unibas.ch) gerne zur Verfügung.

Allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage

Die skuba ist überzeugt, dass die geplanten Sparmassnahmen im Bildungsbereich langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand der Schweiz gefährden würden. Insbesondere die Erhöhung der Studiengebühren hat direkte Auswirkungen auf die Chancengleichheit. Studierende aus finanziell schwächeren Verhältnissen würden noch stärker benachteiligt und hätten erschwerten Zugang zum Studium. Dies würde den Fachkräftemangel verschärfen und das Innovationspotenzial der Schweiz verringern. Die Erhöhung der Studiengebühren würde zwar zu mehr Anspruch auf Stipendien führen, aber das bestehende Stipendiensystem ist bereits jetzt unzureichend. Die Zahl der Studierenden ist in den letzten Jahren stark gestiegen, während die Bildungsausgaben nicht im gleichen Mass angepasst wurden (vgl. SBFI 2019). Um die Chancengleichheit zu wahren, sind daher dringende Investitionen notwendig, insbesondere im Stipendienwesen.

Aktuell müssen bereits über 72% der Studierenden neben dem Studium arbeiten, um ihren Lebensunterhalt und die Studiengebühren zu finanzieren (vgl. BfS 2024). Eine Erhöhung der Studiengebühren würde diese finanzielle Belastung weiter verstärken und zu längeren Studienzeiten und späterem Eintritt in den Arbeitsmarkt führen. Das hätte negative Auswirkungen auf den gesamten Bildungs- und Arbeitsmarkt.

Nr. 1.5.6 und Nr. 2.4 Bildung und Forschung – Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich und bei den kantonalen Hochschulen

Die Erhöhung der Studiengebühren verschiebt die finanziellen Lasten auf die Studierenden und steht im Widerspruch zu einem fairen und sozial durchlässigen Bildungssystem. Besonders Studierende aus finanziell benachteiligten Verhältnissen

wären von dieser Massnahme stark betroffen. Das würde nicht nur das Studium verlängern, sondern auch den Zugang zum Arbeitsmarkt verzögern.

Ausserdem trägt die zunehmende Privatisierung der Hochschulbildung zu einer weiteren sozialen Ungleichheit bei. Studierende aus nicht-akademischen Familien wären besonders benachteiligt. Zudem würde die geplante Ungleichbehandlung von europäischen Studierenden zu einer weiteren Belastung führen (vgl. SRF 2025).

Nr. 1.5.7 Bildung und Forschung – Internationale Mobilität

Die finanzielle Unterstützung für Studierende im Ausland ist derzeit unzureichend. Ein höherer Eigenanteil würde das Programm elitär machen und vor allem Studierenden mit begrenzten finanziellen Mitteln den Zugang zu einem Auslandsaufenthalt erschweren. Das würde die Chancengleichheit weiter gefährden.

Nr. 1.5.8 und Nr. 2.8 Bildung und Forschung – Kürzung der Bundesbeiträge für Forschung und Berufsbildung

Die skuba lehnt die Kürzungen beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) ab. Diese Mittel sind entscheidend für wichtige Forschungsprojekte, die die Schweiz als Innovationsstandort stärken. Eine Kürzung dieser Mittel würde die Qualität der Lehre und Forschung massiv beeinträchtigen und die Innovationskraft des Landes schwächen. Laut Torsten Schwede, Präsident des SNF, würde eine solche Kürzung zwischen 2026 und 2028 zu einem Verlust von 2'000 Stellen für junge Forschende führen und rund 700 Projekte müssten abgelehnt werden (vgl. Tages-Anzeiger 2025).

Nr. 2.27 Umwelt und Raumordnung – Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt

Wir fordern, dass die Förderung im Bereich „Bildung und Umwelt“ beibehalten und ausgebaut wird. Diese Mittel sind wichtig, um die Schweiz bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen und Umweltbildung zu unterstützen.

Lokale Perspektive beider Basel

Die geplanten Änderungen könnten insbesondere in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt und generell in der Nordwestschweiz problematisch sein. Gerade in unserer Region, hat eine Erhöhung der Studiengebühren direkte Auswirkungen. Die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sind hier ausgeprägt, wodurch der Graben zwischen städtischen und ländlichen Studierende weiter vertieft würde. Studierende aus ländlichen Gebieten tragen bereits zusätzliche finanzielle Belastungen, etwa durch längere Anfahrtswege zur Universität, was ihre Opportunitätskosten deutlich erhöht. Hinzu kommt, dass sie eventuell eine Wohnung in der Stadt benötigen, sowie weitere Faktoren, die die finanzielle Belastung für diese Studierenden weiter steigern.

Insbesondere am Wirtschaftsstandort Basel-Stadt, der durch hochentwickelte Pharmakonzerne geprägt ist, ist es dringend notwendig, dass die dafür benötigte hochqualifizierte Bildung gewährleistet bleibt. Die Förderung von Fachkräften in diesen zukunftsweisenden Sektoren ist von zentraler Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg der Region und der Schweiz insgesamt. Eine Erhöhung der Studiengebühren würde diese Schlüsselbranche erheblich gefährden, indem der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung für potenzielle Talente erschwert wird.

Die skuba fordert, dass die Hochschulbildung weiterhin öffentlich und zugänglich bleibt und dass die Finanzierung nicht weiter auf die Studierenden abgewälzt wird. Der Bund muss in ein inklusives Bildungssystem investieren, das allen jungen Menschen unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund den Zugang zur Hochschulbildung ermöglicht. Die geplanten Sparmassnahmen und Erhöhungen der Studiengebühren gefährden die Chancengleichheit und schwächen die Innovationskraft der Schweiz. Deshalb lehnen wir diese Massnahmen ab und fordern eine gerechtere Lösung.

Die skuba strebt an, mit ihren Überlegungen eine nachhaltige Förderung von Bildung, Forschung und Innovation zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüssen

Studentische Körperschaft der Universität Basel



Til Hänggi
Präsident

Diese Stellungnahme basiert auf den Positionen des VSS und wurde in enger Zusammenarbeit mit ihnen erarbeitet. Wir als skuba vertreten diese Sichtweise und stehen hinter den aufgeführten Argumenten.

Quellen:

- SBFI (2019). Studiengebühren an den Hochschulen in der Schweiz. Schlussbericht. https://www.sbf.admin.ch/dam/sbf/de/dokumente/webshop/2019/studiengebuehren-hs.pdf.download.pdf/schlussbericht_d.pdf
- BfS (2024). Soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden in der Schweiz. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/tertiarstufe-hochschulen/soziale-wirtschaftliche-lage-studierenden.html>
- SRF (2025). Studiengebühren sollen deutlich ansteigen. <https://www.srf.ch/news/schweiz/sparen-bei-der-bildung-studiengebuehren-sollen-deutlich-ansteigen>
- Tages-Anzeiger (2025). Sparmassnahmen des Bundes: Hochschulen wehren sich gegen höhere Studiengebühren. <https://www.tagesanzeiger.ch/sparmassnahmen-des-bundes-hochschulen-wehren-sich-gegen-hoehere-studiengebuehren-536310505798>